



12. September 2019

USA: ASYLVERBOT DER TRUMP-ADMINISTRATION KÖNNTE DAS TODESURTEIL FÜR MENSCHEN SEIN, DIE SICHERHEIT SUCHE

Pressemitteilung

Heute hat Amnesty International die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs verurteilt, wonach das Asylverbot der Trump-Administration vorübergehend fortgesetzt werden kann. Charanya Krishnaswami, Direktorin für die Amerikas bei Amnesty International USA, erklärte:

"Das vom Obersten Gerichtshof bestätigte Asylverbot könnte ein Todesurteil für Menschen auf der Suche nach Sicherheit und Schutz sein. Das Asylverbot gründet sich auf eine Ideologie des Hasses und der Fremdenfeindlichkeit, und es kann nicht Bestand haben."

"Jeder Mensch hat das Recht, Sicherheit zu suchen: Dieser Moment wird sich als berüchtigt erweisen, in dem das Land denjenigen, die es früher aufgenommen hat, den Rücken kehrte und sich entschied, die Menschlichkeit zu ignorieren."

Nächste Woche wird Amnesty International nach Südtexas reisen, um Zugang zu den geheimen Gerichten an den Grenzübertritten zu erhalten, die für Fließbandverfahren für Asylsuchende aufgebaut wurden. Gemäß der Politik „Verbleib in Mexiko“ der Trump-Administration zwingt die US-Regierung Menschen dazu, in Mexiko zu bleiben, während sie Asyl in den Vereinigten Staaten beantragen.

Hintergrund und Kontext

Amnesty International hat die Gefahren für Asylsuchende dokumentiert, nicht nur in ihren Herkunftsländern, sondern auch auf ihrem Weg in Sicherheit. Wir haben bereits festgestellt, dass LGBTI-Asylsuchende aus Guatemala, El Salvador und Honduras auf ihrem Weg nach Norden einem [enormen Risiko](#) von sexuellen Übergriffen, Gewalt und Schäden ausgesetzt sind. Das Verbot könnte bedeuten, dass LGBTI-Personen gezwungen wären, dort Schutz zu suchen, wo sie ernsthaft gefährdet sind.



Amnesty International hat auch festgestellt, dass das mexikanische Asylsystem [schlecht ausgestattet](#) ist, um auf die Zahl der Menschen zu reagieren, die gezwungen sein könnten, dort Schutz zu suchen. Die Untersuchung von Amnesty International ergab, dass die mexikanische Regierung Asylsuchende nicht nur sicherheitstechnisch nicht schützt, sondern sie stattdessen routinemäßig inhaftiert und sie zurück in die Gefahrensituation abschiebt. Die [jüngsten Maßnahmen](#) der Regierung von Andrés Manuel López Obrador, darunter der Einsatz von Nationalgarde-Truppen im ganzen Land, um gegen Asylsuchende vorzugehen, haben die Situation für sie noch gefährlicher gemacht. Nach [offiziellen Angaben](#) stieg die Zahl der Abschiebungen aus Mexiko von 53.747 (Januar bis Juni 2018) auf 71.376 im gleichen Zeitraum 2019.

Amnesty International hat festgestellt, dass im Rahmen des Programms ["Remain in Mexico"](#) Asylsuchende, die gezwungen sind, in Mexiko zu warten, schweren Gefahren ausgesetzt sind, einschließlich Entführung, Körperverletzung und Erpressung durch genau die Behörden, die sie eigentlich schützen sollen.

Unverbindliche Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe
Verbindlich ist das englische Original:

USA: Trump administration's asylum ban could be a death sentence for people seeking safety
<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/09/usa-trump-asylum-ban-death-sentence-for-people-seeking-safety/>

